

Herausgeber: Drei Quellen-Verlag GmbH
Schiffgraben 36, 30175 Hannover
Tel (0511) 85 05 - 349, Fax (0511) 85 05 - 201
Email: eversand@drei-quellen-verlag.de

Redaktion: Anne Maria Zick
Tel (0511) 34 25 55, Fax (05 11) 348 0215
Email: rundblick@drei-quellen-verlag.de

Bezugspreis 111,- € im Quartal, Z.-Nr. H 2871
Erscheinungsweise reg. 5 x wöchentlich
Internet: www.drei-quellen-verlag.de



Jahrgang 2008/Nr. 009

17. Januar 2008

Neuer Streit um Gesamtschulen

(rb) Hannover. Kurz vor der Landtagswahl ist der Streit um Gesamtschulen und das gegliederte Schulwesen noch einmal voll entbrannt. Während drei Gesamtschulinitiativen aus Friesland, Braunschweig und Göttingen anlässlich der letzten Landtagssitzung Listen mit 8000 Unterschriften mit der Forderung nach der Genehmigung neuer Gesamtschulen übergaben, nannte das „Aktionsbündnis Gegliedertes Schulwesen“ die Wahl eine „Richtungswahl von höchster Bedeutung“ für die Zukunft des Schulwesens und für die Verhinderung einer für alle Schüler verbindlichen Einheitsschule. Das Aktionsbündnis befürchtet, dass SPD, Grüne und Linkspartei bei einem Wahlsieg Gymnasien, Realschulen, Hauptschulen und Förderschulen abschaffen. Damit werde nicht nur die freie Schulwahl der Eltern beseitigt, sondern auch der Niedergang des schulischen Leistungsniveaus vorprogrammiert, heißt es. Der SPD hielt das Bündnis vor, sie täusche die Wähler über ihre wahren schulpolitischen Ziele. Mit „Skrupellosigkeit“ wollten „schulpolitische Hardliner“ in der SPD das gegliederte Schulwesen „kaputtmachen“. Bei den Initiativen für neue Gesamtschulen hieß es dagegen, dass verschiedene Gemeinden ihre Schulzentren in Gesamtschulen umwandeln wollten, um als Bildungsorte attraktiver zu werden. Vor Ort zögen dann auch die CDU-Politiker mit, wenn es um die Verbesserung des Schulangebots durch Umwandlung in eine IGS gehe. Der GEW-Vorsitzende Eberhard Brandt hielt Kultusminister Bernd Busemann vor, er „eiere rum“ und weiche der zentralen Frage aus, ob denn nun den Forderungen der Eltern, der Gemeinden und Kreistage nach Gesamtschulgründungen entsprochen würde, wenn CDU und FDP weiter an der Regierung blieben. Die Grünen schließlich präsentierten eine Karte der Landkreise, auf der als „schwarze Flecken der CDU-Schulpolitik“ die Kreise ohne Gesamtschulen erkennbar sind. In diesen Kreisen habe die CDU/FDP-Regierung durch ihr Neugründungsverbot bewusst verhindert, „dass es für alle Kinder gerechte Bildungschancen“ gebe.

Sozialverband fordert gestaffelten Rentenfreibetrag

(rb) Hannover. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) hat eine Mindestsicherung der Rente für langjährig Beschäftigte gefordert sowie einen Freibetrag für die gesetzliche Rente bei der Grundsicherung. Die Mindestsicherung sei notwendig, um die Gerechtigkeitslücke zu schließen, die bei der Debatte über Altersarmut übersehen werde, stellt der Sozialverband fest. Tatsache sei, dass die Rentenansprüche von Geringverdienern, die jahrzehntelang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben, aufgrund der Rentenkürzungen künftig unterhalb oder nur knapp über dem Grundsicherungsniveau lägen. Das bedeute, dass ein Geringverdiener trotz lebenslanger Arbeit und langjähriger Einzahlung in die Rentenkasse nicht besser dastehe als jemand, der nichts oder nur wenig in die Rentenversicherung eingezahlt habe und deshalb die Grundsicherung bekomme. Erforderlich sei auch ein gestaffelter Rentenfreibetrag, damit die Renten künftig nicht mehr voll auf die Grundsicherung angerechnet werden. Die derzeitige Debatte über die Anrechnung der Riester-Rente bei der Grundsicherung beginne am falschen Ende. Wer nämlich die Freistellung der Riester-Rente bei der Grundsicherung fordere, übersehe die Vordringlichkeit eines Freibetrages für die gesetzliche Rentenversicherung. Außerdem sei diese zum einen eine Pflichtversicherung und werde zum anderen auch künftig den weitaus größten Teil der Alterseinkommen ausmachen.

Zum 4. Mal werden mittelstandsfreundliche Kommunen gesucht

(rb) Hannover. Der Städte- und Gemeindebund (NSGB) hat seine Mitgliedsgemeinden dazu aufgerufen, sich am Wettbewerb „Mittelstandsfreundliche Kommunen in Niedersachsen 2008“ zu beteiligen. Es handelt sich um einen gemeinsamen Wettbewerb von Handwerksverbänden und der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände im Rahmen des Partnerschaftskonzepts „Kommunen und Handwerk“. In den Wettbewerbsbedingungen wurden elf Beurteilungskriterien aufgestellt, wie eine mittelstandsfreundliche Politik der Kommunen aussehen könnte. Ausgezeichnet werden sollen aktive wirtschaftsorientierte Positionen von Kommunen, die in Verwaltung und Politik noch mehr Bewusstsein für wirtschaftsfreundliche Strukturen wecken, weil der wirtschaftliche Erfolg der mittelständischen Wirtschaft ganz entscheidend von den Rahmenbedingungen und Freiräumen vor Ort abhängt. Nur Kommunen, die die Anliegen der Wirtschaft ernst nähmen, könnten auch Unternehmen halten und neue Betriebe ansiedeln, heißt es im Vorwort der Wettbewerbsbedingungen. Mittelstandsfreundliche Kommunen bildeten damit auch das Fundament einer erfolgreichen Standortpolitik des Landes. Vorschlagsberechtigt sind Handwerksorganisationen, Gemeinden, Samtgemeinden, Städte und Landkreise. Der Wettbewerb findet zum 4. Mal statt. Im Jahr 2002 wurde der Landkreis Schaumburg ausgezeichnet, 2004 die Samtgemeinde Artland sowie der Landkreis Diepholz und 2006 der Landkreis Osnabrück sowie die Samtgemeinde Grafschaft Hoya. Siegerpreise für einzelne Aktivitäten bekamen außerdem 2004 die Landkreise Gifhorn und Harburg, die Stadt Bad Pyrmont und die Gemeinde Büddenstedt, 2006 die Gemeinden Wunstorf und Sögel, die Stadt Munster, der Landkreis Lüneburg und erneut die Samtgemeinde Artland. Bewerbungen für den diesjährigen Wettbewerb sind bis zum 31. Mai 2008 sind zu richten an die Geschäftsstelle des Niedersächsischen Handwerkstages (Ferdinandstraße 3, 30175 Hannover).

Zum Tage:

Ende der Veranstaltung

(rb) Mit einer Sondersitzung zum Untersuchungsausschuss JadeWeserPort endete am Mittwoch die parlamentarische Beratungstätigkeit des Niedersächsischen Landtags in dieser Wahlperiode. Zehn Tage vor dem Wahltermin ging man erwartungsgemäß nicht eben freundlich miteinander um, wenn auch der Umgangston zwischen Regierungs- und Oppositionslager für eine Wahlkampfschlussphase immer noch in erträglichen Grenzen geblieben ist. Einen nicht unwesentlichen Anteil daran hatte die Ausschussvorsitzende, die scheidende SPD-Abgeordnete Heike Bockmann, die in der 60-jährigen Landtagsgeschichte als erste Frau überhaupt einen Untersuchungsausschuss geleitet hatte. Betont sachlich referierte die Oldenburgerin den Verlauf die Tätigkeit des nur wenige Wochen währenden, für alle Beteiligten sehr arbeitsintensiven Ausschusses, über die Schwierigkeiten, die man aus vielerlei Gründen mit der involvierten Hansestadt Bremen hatte, und die Widersprüche, die sich unstrittig aus den Aussagen der insgesamt 27 Zeugen – „und Herrn Scherff“ – ergeben haben.

Trotz der anschließenden zum Teil recht klamaukigen Redebeiträge von beiden Seiten

des Hauses über die Bewertungen, die sich dort diametral gegenüberstanden, bleibt die Notwendigkeit dieses Ausschusses wohl unstrittig, auch wenn der Zeitpunkt kurz vor einer Wahl für eine objektive Betrachtung nicht eben glücklich gewählt ist. Einigkeit in der Uneinigkeit bestand auch darin, dass der Partner Bremen mindestens eigenwillig agiert hat, um seinen Favoriten Hochtief beim Vergabeverfahren durchzusetzen. Am meisten aushalten mussten in der Landtagsdebatte einmal mehr Wirtschaftsminister Walter Hirche und sein Staatssekretär Achim Werren, deren Entlassung mehrfach gefordert wurde. Die Vorwürfe gegen den Minister und zum Teil auch gegen Ministerpräsident Christian Wulff entbehrten nicht einer gewissen Beliebigkeit. Mal heißt es, die Landesregierung hätte in das Vergabeverfahren eingreifen müssen, mal wird ihr genau dies angekreidet. Ein klarer Beleg für rechtswidriges Verhalten der Regierung kann in Wahrheit nicht vorgelegt werden, auch nicht dafür, ob die Bauverzögerung Schuld der Regierung ist oder eher in der noch ausstehenden Entscheidung des OVG Lüneburg zu suchen ist. Hirche selbst war es im Ausschuss und auch in dieser letzten Landtagssitzung

dennoch gelungen, die Position der Landesregierung hinreichend glaubhaft zu vertreten.

Ob dieser Untersuchungsausschuss wirklich als Wahlkampfslager tauglich war oder womöglich sogar wahlentscheidend sein könnte, ist wohl eher fraglich und entspringt mehr dem Wunschdenken einiger eifriger Wahlkämpfer. Das Bauvorhaben selbst, von allen Beteiligten als Jahrhundert-Projekt für die Region Weser-Ems hochgepriesen, wurde

nie ernsthaft gefährdet. Mit dem Abschluss des Untersuchungsausschusses und der hoffentlich bald getroffenen Entscheidung der Lüneburger Verwaltungsrichter kann dann auch das immer mal wieder aufflammende Geplänkel zwischen den Gremien des Jade-WeserPort und des Unternehmenskonsortiums Bunte beendet und endlich mit dem Bau begonnen werden.

az

Zur Person:

Helmut Greulich

(rb) Es gibt wenige Minister, die gegenüber ihrer engeren Umgebung eine Bindungswirkung haben, die weit über ihre Amtszeit hinausreicht. Zu ihnen gehört Helmut Greulich, der am 17. Januar 85 Jahre alt geworden wäre. Greulich, Werkzeugmechaniker bei der Hanomag, war von 1970 bis 1974 Niedersächsischer Minister für Wirtschaft und öffentliche Arbeiten und dann bis 1976 Sozialminister. Die in jenem Jahr erfolgte Wahl von Dr. Ernst Albrecht zum Ministerpräsidenten hat der damaligen SPD/FDP-Koalition ein Ende gesetzt, von dem auch Greulichs Ministeramt betroffen war. Greulich, schon 1993 gestorben, hat zu den leisen unter den lauten Politikern gehört. Er verabscheute bis zu Hemmung öffentliche Auftritte. Umso beachtlicher war die Wirkung, die von ihm im kleinen Kreis ausging. Er konnte überzeugen und Menschen gewinnen weit über seinen Standort hinaus, der in der SPD eher links war. Manche von denen, die mit ihm und für ihn gearbeitet haben, treffen sich noch heute.

Nicht wenige haben in Greulich das eigentliche Talent der SPD gesehen, das für das Amt des Ministerpräsidenten hätte antreten sollen, als Alfred Kubel 1976 abtrat. Den Vortritt bekam Helmut Kasimier, der gegen Alb-

recht unterlag. Greulich hat damals zu den wenigen gehört, die voller Zweifel waren, ob der Wechsel zu Kasimier wohl glücken werde. Sein Instinkt hatte ihm längst signalisiert, dass die Koalition nicht so zusammenstand, wie das nötig gewesen wäre.

Greulich ist nach seiner Hanomag-Zeit im DGB tätig geworden, in dem er 1966 Vorsitzender des Landesbezirks Niedersachsen wurde. Dem Landtag hat er von 1963 bis 1978 angehört. In der Kommunalpolitik war er in Hameln engagiert, wo er zeitweise Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister war. Als er an die Spitze des Wirtschaftsministeriums rückte, hat man dem Ministerium die Hochbauzuständigkeit zugeschlagen in dem Glauben an deren Konjunkturlösungen. Greulich hat das recht bald als Aberglauben erkannt und entsprechend gehandelt. Als er 1976 ins Sozialministerium wechseln musste, um der FDP das Wirtschaftsressort zu überlassen, war das nur sehr bedingt „sein“ Ministerium.

Greulich hat früh mit Krankheiten zu kämpfen gehabt, die auch seinen Weg in der Politik beeinträchtigten. Die Erinnerung an ihn ist auch heute noch bei vielen lebendig, die seinen Weg gekreuzt haben.

h.r.

Personen und Positionen

(rb) Die SPD-Bundestagsabgeordnete **Caren Marks** aus der Wedemark ist am Dienstagabend in der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion zur neuen familien-, senioren- frauen- und jugendpolitischen Sprecherin gewählt worden. Marks ist in diesem Amt Nachfolgerin von **Christa Hummel**, die zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt worden war. Marks, die der SPD erst seit 1998 angehört, wurde 2002 direkt in den Bundestag gewählt.

Pepita

(rb) „Auf Pepita kann man nicht Schach spielen“. (CDU-Landtagsfraktionsvize Hermann Dinkla am Mittwoch in der Sondersitzung des Landtags)